

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besitzgebietskarte bei täglich vollständiger Auslieferung
für Haus und Postamt 1937, 3,20, durch Postbeamte
aus 8,10 einschließlich 49,39 Rpf. Voraus. ohne
Beschleunigung, bei Brüdermeier, Schlesische
Verlagsanstalt, Berlin-Str. 10 Sept. bei gleichzeitiger
Beschleunigung d. Abreise. Die Zusage-Ausgabe ist hier.

Druck u. Verlag: Liepisch & Reichardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1008 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberfinanzamt Dresden.

Besitzgebietskarte Nr. 6: Wohlmeierstraße
122 von Seite 11,5 Rpf. Nachdruck nach Artikel 8,
Haftungsverzicht auf dem Titelblatt sowie
in der 8. Auflage. — Nachdruck
nach Zustimmung der Dresdner Nachrichten.
Unerlaubte Schriftsätze werden nicht aufmerksam.

Deutsch-polnisches Minderheitensabkommen

Der Führer vor einer Abordnung der Polen im Reich

Berlin, 5. November.

Die deutsche Reichsregierung und die polnische Regierung haben ein Abkommen geschlossen, das gleichzeitig in Berlin und Warschau veröffentlicht wurde und in dem sowohl die Rechte und Pflichten der Deutschen in Polen wie die der Polen im Deutschen Reich festgelegt werden. Es handelt sich dabei insbesondere um das Recht zum freien Gebrauch der Sprache, zum vereinsähnlichen Zusammenschluß, zur Errichtung eigener Schulen, zur freien Pflege des religiösen Lebens in der Muttersprache, ohne daß durch die Ausübung dieser natürlichen Volksrechte die jeweiligen Volksgruppen von Seiten ihres Staates eine Benachteiligung erfahren. Aus diesem Anlaß empfing der Führer und Reichskanzler die Vertreter des Bundes der Polen im Reich, Dr. Kaczmarek, Szczepaniak und Dr. v. Opcukowski.

Der Führer und Reichskanzler machte hierbei folgende Ausführungen:

„Die übereinimmende deutsch-polnische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen Volksgruppen, die heute von beiden Ländern veröffentlicht wird, soll die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern verbessern und festigen. Die praktische Ausführung der in dieser Erklärung enthaltenen Richtlinien kann wesentlich zur Errichtung dieses Friedens beitragen. Das Bestreben der Reichsregierung geht dahin, das Zusammenleben der polnischen Volksgruppe mit dem deutschen Staatvolk harmonisch und innerlich friedlich zu gestalten.“

„Ich stelle fest, daß der Wille der Reichsregierung, jedem Reichsbürger Brot und Arbeit zu verschaffen, auch gegenüber den Angehörigen der polnischen Volksgruppe besteht und durchgeführt ist. In der Zeit großer Arbeitslosigkeit und großer Entbehrungen, denen Angehörige der deutschen Volksgruppen in Europa noch vielfach ausgesetzt sind, nimmt die polnische Volksgruppe an dem wirtschaftlichen Aufstieg des Reiches in vollem Umfang teil. Gleiche Fortschritte sind in der kulturellen Bedeutung der polnischen Volksgruppe gemacht worden, wie ihre vielen seitlichen organisatorischen Einrichtungen und neuerdings die Errichtung einer weiteren höheren polnischen Schule in Deutschland beweisen. Die Polen in Deutschland müssen aber stets dessen eingedenkt sein, daß der Bewährung von Schwerpunkten die lokale Erfüllung der dem Staate zu leistenden Pflichten und der Gehorham gegen die Gesetze gleichwertig gegenüberstehen.“

Der Schutz der deutschen Volksgruppe in Polen, vor allem in ihrem Recht auf Arbeit und Verbleib auf ihrem angestammten Siedlungsgebiet, wird auch zur Sicherung der polnischen Volksgruppe in Deutschland beitragen. Das hohe Ziel des Parteies, den ich seinerzeit mit dem großen polnischen Staatschef Marshall Joseph Pilsudski geschlossen habe,

wird durch diese gemeinsame deutsch-polnische Erklärung zur Klärung dieser heiteren Verständigung nähergetragen.“

Der Hauptgeschäftsleiter des „Bundes der Polen in Deutschland“, Dr. Kaczmarek, gab namens der in Deutschland lebenden Polen deren Dank und Freude über den Empfang und die Worte des Führers Ausdruck und versicherte dem Führer und Reichskanzler der polnischen Volksgruppe gegenüber dem Reich und seinem großen Führer.

Im Laufe der sich hieran anschließenden Unterhaltung machte der Führer davon Mitteilung, daß er die Freilassung eines Angehörigen von der polnischen Volksgruppe in Deutschland, die in ihrer politischen Verständigung mit dem deutschen Bevölkerung in Widerspruch geraten sind, angeordnet habe.

Der polnische Botschafter beim Führer

Berlin, 5. November.

Der Führer und Reichskanzler empfing heute den polnischen Botschafter in Berlin, Lipski. In der Unterhaltung mit dem Botschafter gab der Führer und Reichskanzler seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, nunmehr auf dem für die deutsch-polnischen Beziehungen besonders bedeutsamen Gebiet der Minderheiten eine Einigung zu erzielen, wodurch der Beweis erbracht sei, daß die deutsch-polnische Erfahrung von 21. Januar 1934 und der darin vorgeschlagene Weg der unmittelbaren Verständigung sich nach wie vor bewährt. Bei der Unterhaltung wurde zugleich festgestellt, daß die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Danziger Fragen nicht gestört werden sollen.

Den Wortlaut des Abkommens veröffentlichen wir auf Seite 2

Common Sense

Common sense — gesunder Menschenverstand — ist ein Begriff, der bei den angelsächsischen Völkern eine große Rolle spielt. Auch in der Politik und die Engländer lieben es, diesen common sense als die einzige Richtlinie ihres politischen Tuns und Lassens zu bezeichnen. Die Erklärung über die britische Spanienpolitik, die Premierminister Chamberlain am Donnerstagabend im Unterhaus abgegeben hat, ist ein typisches Beispiel für diese Politik des gesunden Menschenverstandes. Der Umschwung der englischen Haltung kam etwas plötzlich, denn gerade im Spanienkrieg hat man eine solche realpolitische Haltung Londons lange vermisst. Die Ablehnung des Foreign Office von seiner bisherigen Politik des „Als ob“ und die Hinwendung zu einer den tatsächlichen besser gerecht werdenden Verständnispolitik äußert sich in der von Chamberlain angekündigten Entsendung eines „Hauptagenten“ nach Burgos und mehrerer gewöhnlicher Agenten in die wichtigsten nationalspanischen Städte. Man hat den Premier im Unterhause gefragt, ob diese Maßnahme eine praktische (so-lacto-)Anerkennung Franco's bedeute, und Chamberlain hat den ehemaligen Gentleman von Seiner Majestät loyaler Opposition die orakelhafte Antwort gegeben, daß dies, „wie ihm gesagt wurde“, nicht der Fall sei.

Das alles ist sehr bedeutsam. Über die Frage: Anerkennung oder nicht braucht man sich nicht lange den Kopf zu zerbrechen, wenn man erfährt, daß für den Posten des „Hauptagenten“ ein hervorragender alter Diplomat in Aussicht genommen ist. Aus diesem Posten eine Botschaft zu machen, wäre dann im gegebenen Augenblick nicht allzu schwierig. Die Opposition und das Ausland haben die vorstehenden Worte des Premiers denn auch sehr wohl verstanden; der Sturm der Entrüstung in der Londoner Oppositionspresse und in den französischen Volksblättern ist dafür bester Beweis. Was ist geschehen? Die englische Regierung hat aus der Entwicklung, die der Spanienkrieg in den letzten Wochen genommen hat,folgerungen gezogen. Jeder Einwohner weiß jetzt darüber klar, daß das britische Interesse an Spanien nicht so sehr ein platonisch-humanitärer, als ein sehr handfestes, realpolitischer ist. Das wurde zum ersten Male deutlich, als nach der Einnahme von Bilbao die in britischem Welt beständlichen Ergründungen an Franco fielen. Seit diesen Tagen ist man in London bemüht, irgendwelche Vereinbarungen zu treffen, durch daß die britischen Handelsinteressen in Nationalspanien geschützt werden. Das ist bisher nicht gelungen, weil die Herren in London keine sehr weitgehenden Zugeständnisse machen wollten und die „Insurgenten“ sehr wohl in der Lage waren, auf ein besseres Angebot zu warten. Dieses Angebot ist jetzt erfolgt und hat zu einem Handelsvertrag geführt, über den Chamberlain — jeder britische Premierminister ist bezeichnenderweise zugleich „First Lord of the Treasury“ (Erster Schatzkämmerer des Empire) — jetzt im Unterhaus Mitteilung gemacht hat.

Die Bedeutung dieses englischen Kurswechsels kann gar nicht überschätzt werden. Man hat ihn in Kreisen der Linken auch bereits mit der Ablehnung von den Abessinien-Sanktionen verglichen. In London glaubt man jetzt sehr an den End-sieg Franco's, und da der spanische Staatschef mehrfach deutlich zu verstehen gegeben hat, daß er sich später sehr wohl daran erinnern werde, welche Macht die einzelnen Mächte während des Ersten Kampfes der spanischen Nation gespielt haben, möchte England den Anschluß nicht verpassen. Während Mr. Eden fünfzehn Monate lang in Spanien das falsche Pferd geritten hat, will Chamberlain jetzt in zwölften Stunde ein neues Eisen ins Neuer legen. Die endgültige Ausröllung der Nordfront hat ihn in dieser Absicht bestärkt. Vor der die 100 000 Mann und die 100 Flugzeuge, die Franco nun an anderen Fronten einsetzen wird, in Aktion treten, wollte der Premier die spanische Rechnung bereinigen und ein neues Blatt beginnen. Dieser Umschwung wurde geschickt vorbereitet durch eine Bemerkung in der letzten Eden-Rede vor dem Unterhaus. Der britische Außenminister, der bisher immer erklärt hat, daß alte Spanien auf parlamentarisch-demokratische Grundlage müsse wiederhergestellt werden, äußerte nämlich in dieser Rede, daß er sich sehr wohl vorstellen könne, daß ein nationales Spanien mit England die besten Beziehungen unterhalten würden. Das ist ebenso

Frankreich und der englische Kurswechsel in Spanien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. November.

In Frankreich hat die Schwenkung Englands in der Spanienpolitik erhebliches Aufsehen erregt. Die Zeitungen befassen sich immer wieder mit der Frage, was Frankreich nun tun soll, da offenbar die Tage der Noten gezählt sind. Man nimmt die Nachricht von der Verhaftung des Valencian-Oberhauptlings Largo Caballero durch seinen Nachfolger Regnac, wie auch die Meldungen über neue Unruhen in Madrid, als eine Zeichen für die fortwährende Verschärfung der politischen Spanischen Lager. Kein Wunder, daß sich immer wieder Stimmen erheben, die eine Nachahmung des englischen Schritts befürworten. So führt Berlin im „Echo de Paris“ aus, daß die französischen Konsularvertretungen in den von Franco besetzten Landesteilen, zum Unterschied von den britischen Vertretungen, nicht aufgehoben worden seien, und daß es genügen würde, diese Vertretungen wieder aktiv arbeiten zu lassen, um auf der Seite der Nationalen vertreten zu sein.

Wenn also in Kreisen, die sich von der Vernunft leiten lassen, die Meinung vorherrscht, daß man die Beziehungen zu Franco aufnehmen oder doch wenigstens eine Politik der französischen Neutralität betreiben müsse, so verläuft die französische Linke, eine derartige Wendung in der französischen Außenpolitik zu hinterstreben. Der sozialdemokratische „Vo-

pulaire“ sieht natürlich seine Angriffe gegen eine derartige Politik fort, ja, er droht zwischen den Zeilen mit einer Regierungskrise und versucht den Engländern klarzumachen, daß ihre Politik eine Politik der Abenteuer und gefährlichen Illusionen sei. Wenn nämlich, so meint das Blatt, die Engländer glaubten, durch ihre Annäherung an Franco ihre wirtschaftliche Stellung in Spanien reiten zu können, so würde ein Punkt sein, daß im Falle eines Sieges Franco's der Nationalismus und die Autorität in Spanien vorherrschten würden. Man sieht, daß die Gegner einer vernünftigen Politik in Frankreich nichts unverucht lassen, um Außenminister Delbos die Lust, in die Fußstapfen Englands zu treten, zu nehmen.

London tritt an die spanischen Parteien heran

London, 5. November.

Auf Grund der Verschärfung des Nichteingliederungsausschusses hat die britische Regierung im Laufe des Freitag an beide Parteien in Spanien Telegramme gesandt, in denen diese die Einschließung des Nichteingliederungsausschusses zur Kenntnis übermittelt wird. Gleichzeitig werden die beiden spanischen Parteien von der britischen Regierung erlaubt, ihre Zustimmung zu dem britischen Plan zu geben.

reichs nach Griechenland Verhandlungen eingeleitet werden sollen.

90 Millionen Franken durch Streiks verloren

Paris, 5. November.

Die Marseiller Handelsfahrt hat durch die dauernden Arbeitsstreitigkeiten und Stilllegungen durch die gewerkschaftlichen Organisationen schwere Eindringen erlitten. Sie werden auf 90 Millionen Franken geschätzt.

Zwei britische Soldaten in Jerusalem erschossen. Unweit des Tierhospitals von Jerusalem wurden zwei britische Soldaten von bisher noch unbekannten Tätern erschossen.

Heute Gartenbeilage:

Garten, Blumenfenster und Kleintierzucht

Seite 8